

Niederschrift
der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 25.08.2026
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:04 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Tino Rietesel

stellv. Vorsitzende/r

Frau Simone Zaepernick-Risch

Mitglieder

Herr Steven Braun
Frau Dr. Heike Carstensen
Frau Sabine Ehlert
Frau Kerstin Friesenhahn
Herr Jens Radtke

Vertreter

Herr Björn Suhr

Vertretung für Frau Sandra Kothe-Woywode

Protokollführer

Frau Cinderella Littmann

von der Verwaltung

Frau Kathi Gutsmuths
Herr Peter Koslik
Herr Timo Vieceus

Gäste

Akteure des Projektes „Jugendarbeit in Andershof“

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 30.06.2026
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1** Projekt Jugendarbeit in Andershof
 - 4.2** Aktueller Sachstand Kita-Portal
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 30.06.2026

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung vom 30.06.2026 wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Projekt Jugendarbeit in Andershof

Der Ausschussvorsitzende stellt das Rederecht für die Akteure des Projektes „Jugendarbeit in Andershof“ zur Abstimmung. Der Antrag erhält Einvernehmen.

Frau Köhler informiert die Ausschussmitglieder über die Vereinsgründung vor 1,5 Jahren und die in der Zwischenzeit aufgebauten Strukturen. Der Verein verfügt über 50 Mitglieder, die sich ehrenamtlich engagieren. Mit dem Projekt „Jugendarbeit in Andershof“ wird ein niedrigschwelliges und naturnahes Angebot für Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren vorgehalten.

Im Weiteren zählt Frau Köhler die Sponsoren des Vereins auf und berichtet über die Kooperation mit der hiesigen Berufsschule zur Durchführung von Schülerpraktika.

Die Ausübung der Projektarbeit erfolgt in dem Vereinshaus „Boddenklause“ in der Kleingartensparte in Andershof. Das Objekt ist aufgrund der guten Verkehrsanbindung für die Kinder und Jugendlichen unkompliziert und sicher erreichbar. Mithilfe von verschiedenen Sponsoren konnte eine umfangreiche Sanierung durchgeführt werden. Weiterhin hat das LAGUS das Projekt mit 50T EUR gefördert. Für das Objekt besteht mit dem Kleingartenverein ein Mietvertrag über 10 Jahre. Jedoch wurde dieser Vertrag seitens des Vorstandes des Vereins vorzeitig zum 30.06.2026 gekündigt und die Ergebnisse der abgesprochenen und durchgeführten Renovierungsarbeiten wurden willkürlich zurückgebaut.

Frau Köhler betont, dass die Akteure das Projekt „Jugendarbeit in Andershof“ am Standort fortführen möchten und dieses auch das Ansinnen der Anwohner sowie der Kleingärtner sei, da das Projekt verschiedenen Menschen eine neue Perspektive schaffen sowie zu neuem Mut verhelfen konnte. Zudem bestünden die Streitigkeiten ausschließlich mit dem Vorstand.

Mit Blick auf die Weiterentwicklung des Stadtteils Andershof und die Schaffung von neuem Wohnraum sollten die sozialen Aspekte mit Weitblick betrachtet werden und es sollten bezahlbare Möglichkeiten für soziale Arbeit geschaffen werden.

Auf die Nachfrage von Herrn Rietesel entgegnet Frau Köhler, dass seitens des Projektes „Jugendarbeit in Andershof“ die Kündigung vor Abschluss des Gerichtsverfahrens keinen Bestand hat. Die Verhandlung findet am 08.09.2026 statt und zuvor wird es einen Gesprächstermin mit dem Oberbürgermeister und der Gegenseite geben.

Herr Radtke hinterfragt die vereinbarte Dauer des Mietvertrages sowie den Kündigungsgrund.

Frau Köhler teilt mit, dass der Mietvertrag eine Laufzeit von 10 Jahren vorsieht und die Kündigung auf besondere wichtige Gründe stützt. Als Begründung verliest sie unter anderem den Verstoß gegen die vorgeschriebene schriftliche Beantragung von baulichen Maßnahmen. Frau Köhler erläutert, dass eine partnerschaftliche Zusammenarbeit angestrebt wurde und die Akteure des Projektes „Jugendarbeit in Andershof“ sich auf die mündlichen Absprachen verlassen hatten. Neben detaillierten Vorbesprechungen, wurden die baulichen Veränderungen in Form eines Tagesbuches festgeschrieben.

Im Anschluss eines umfangreichen Austausches wird seitens des Ausschusses festgehalten, dass bauliche Veränderungen an einem Mietobjekt durch den Vermieter zu genehmigen sind und im vorliegenden Fall die Maßgaben des Bundeskleingartengesetzes eingehalten werden müssen. Außerdem besteht ein laufendes Gerichtsverfahren, wonach die Entscheidung auf einer anderen Ebene getroffen wird. Seitens des Ausschusses wird die Projektarbeit mehrfach gelobt und die Notwendigkeit von Stadtteilarbeit im Stadtgebiet Andershof betont. Da die Mitglieder einer Projektfortführung im Vereinshaus der Gartensparte kritisch entgegenblicken, wird die Suche von alternativen Objekten angeregt. Eine Behandlung der Thematik wird in den Fraktionen der Bürgerschaft zugesichert. Auch wird empfohlen, im Gespräch mit dem Oberbürgermeister aktiv nach alternativen Räumlichkeiten in leerstehenden Objekten oder nach Container zu fragen.

Herr Rietesel bedankt sich für die Ausführungen und leitet in den nächsten Tagesordnungspunkt ein.

zu 4.2 Aktueller Sachstand Kita-Portal

Frau Gutsmuths führt aus, dass das Kita-Portal im Jahr 2020 auf Wunsch der Bürgerschaft initiiert wurde und ein Angebot an die Eltern der Hansestadt Stralsund zur Findung eines Kita- bzw. Betreuungsplatzes für das Kind oder die Kinder darstellt.

Ein gesetzlicher Anspruch zur Führung eines solchen Portals besteht nicht, jedoch gab es zum damaligen Zeitpunkt unter den Betreuungseinrichtungen Anspannungen aufgrund von mehrfachen Anmeldungen einzelner Kinder, sodass der Überblick über den eigentlichen Bedarf an Betreuungsplätzen verloren ging. Das Portal bietet den Eltern eine einfache Anmeldung, den Einrichtungen einen geringen Arbeitsaufwand zur Pflege der Daten und einen genauen Überblick über den eigentlichen Bedarf an Betreuungsplätzen.

Das Portal wird entsprechend der gültigen Gesetzesgrundlagen gepflegt und die Pflege wird seit kurzer Zeit durch eine externe GmbH übernommen, was für die Hansestadt Stralsund als Anwenderin keine Veränderungen zur Folge hat.

Abschließend teilt Frau Gutsmuths mit, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt 28 Kita-Einrichtungen und 35 Tagespflegeperson im Kita-Portal angemeldet sind.

Auf die Nachfrage von Frau Zaepernick-Risch führt Frau Gutsmuths aus, dass in dem Portal stadtteilbezogen nach Betreuungsplätzen gesucht werden kann und auch die Anmeldung zur Hortbetreuung über das Portal erfolgt.

Herr Suhr möchte erfahren, ob die Träger ihre eigenen Managementsysteme mit dem Kita-Portal verknüpfen können.

Frau Gutmuths bestätigt dieses und fügt an, dass die Hansestadt Stralsund sämtliche Schnittstellen für die Träger geschaffen hat.

Frau Ehlert berichtet aus eigener Erfahrung, dass das Kita-Portal für die Betreuungseinrichtungen eine nennenswerte Erleichterung geschaffen hat. Aus ihrer Sicht sollte auch der entstandene Rechtsanspruch auf einen Hortplatz in Verbindung mit dem Geburtenrückgang gut umsetzbar sein.

Frau Dr. Carstensen hinterfragt eine Überkapazität an Betreuungsplätzen aufgrund des Geburtenrückgangs.

Frau Gutmuths erörtert, dass eine Überkapazität zu erwarten ist, welche jedoch durch Änderungen der Gesetzmäßigkeit oder Schaffung von Familienzentren etc. abgefangen wird. Die Abteilungsleiterin gibt den Hinweis, dass die Statistik sowie die Planung zur Kinderbetreuung durch den Landkreis Vorpommern-Rügen erstellt werden.

Seitens der Ausschussmitglieder besteht kein weiterer Redebedarf.

zu 5 Verschiedenes

Frau Friesenhahn berichtet von einem Austauschtreffen in Schwerin, bei welchem eine Stadtteilkarte im Rahmen eines Projektes erstellt wurde. Aus Sicht von Frau Friesenhahn kann mit einem solchen Projekt und der Erstellung einer solchen Karte das Bewusstsein für die Stadt gestärkt werden. Zudem können diese Stadtteilkarten an neue Einwohnerinnen und Einwohner zur Orientierung im Stadtgebiet ausgegeben werden. Aufgrund der vielen positiven Effekte spricht Frau Friesenhahn sich für die Erstellung solcher Karten für die Stadtteile der Hansestadt Stralsund aus, sofern es noch keine ähnlichen Formate gibt.

Die Mitglieder des Ausschusses sprechen sich positiv für ein solches Projekt aus. Aus diesem Grund werden sich die Mitglieder in der kommenden Ausschusssitzung über die Machbarkeit informieren lassen.

Seitens der Ausschussmitglieder besteht kein weiterer Redebedarf. Da auch zu den weiteren Tagesordnungspunkten kein Redebedarf besteht, entfallen diese.

Herr Rietesel beendet die 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Gleichstellung.

gez. Tino Rietesel
Vorsitzender

gez. Cinderella Littmann
Protokollführung